

„Rechtlich wie eine Garage“

Thomas Kiwitt ist der Technische Direktor beim Verband Region Stuttgart und verteidigt die Windkraft-Planungen.

Der 30. September 2015: Dieser Tag ist noch gut in der Erinnerung des Heimsheimer Bürgermeisters Jürgen Troll geblieben. Denn an diesem Tag haben die Regionalräte des Verbands Region Stuttgart (VRS) 41 Standorte dazu auserkoren, „Windkraftvorranggebiete“ zu werden. Thomas Kiwitt, der Direktor der VRS-Verwaltung, verteidigt das Verfahren, das Heimsheim nun juristisch anfechten will.



Foto: VRS

Herr Kiwitt, warum kümmert sich der Regionalverband um Windräder?

Wir haben gesagt, die Aufstellung solcher großer Anlagen muss koordiniert werden – daher ist das eine regionale Aufgabe. In der Regionalplanung haben wir dann Faktoren definiert, um Standorte zu finden.

Herausgekommen sind dann 41 Standorte. Wie kam es zu diesen Gebieten?

Zwei Faktoren haben wir uns ausgesucht. Zum einen gibt es den Windatlas für Baden-Württemberg, da haben wir uns orientiert und Standorte definiert, in denen genügend Wind weht. Zum zweiten gibt es Vorgaben, dass die Abstände zu Häusern ausreichend sein müssen. So haben sich die meisten Gebiete erledigt.

Und an diesen 41 Standorten, zum Beispiel im Merklinger Wald, werden jetzt auf jeden Fall Windräder gebaut?

Nein, die Standorte sind ein Angebot, hier Windkraftanlagen zu errichten. Die konkreten Genehmigungen müssen die Landratsämter für jede einzelne Anlage erteilen.

Die Betroffenen vor Ort, zum Beispiel in Heimsheim, klagen, dass sie nicht miteinbezogen wurden.

Wir haben in dem Verfahren alle eingeladen Stellung zu beziehen. Ich betone aber auch: Ohne unsere Regionalplanung hätte es im Vorfeld überhaupt keine Mitsprache gegeben. Rechtlich gesehen ist der Bau eines Windrads nichts anderes, wie der Bau einer Garage. Dafür brauchen Sie auch kein Beteiligungsverfahren.

Kritik gibt es zudem, weil die Anlagen direkt auf der Regionengrenze entstehen.

Grenzen verlaufen oft auf Höhenrücken – und die eignen sich eben für die Windkraft. Bürger in den Gemeinden außerhalb der Region Stuttgart sind in dem ganzen Verfahren aber nicht schlechter gestellt als Bürger in der Region.

Die Fragen stellte Florian Mader.

Heimsheim kündigt Klage an

Weil der Stadt Im Enzkreis ist man auf der Suche nach Gründen, die Windräder doch noch zu verhindern. *Von Florian Mader*



Deutsches und amerikanisches Militär ist auf dem Malmshheimer Flugplatz unterwegs – nur wenige Kilometer von den geplanten Windkraftstandorten in Weil der Stadt entfernt.

Foto: Andreas Gorr

Wenn der Bürgermeister Jürgen Troll aus seinem Heimsheimer Amtszimmer blickt, fällt es ihm immer wieder auf. „Je nach Wetterlage sehen wir hier Flugzeuge richtig niedrig über uns hinweg fliegen“, berichtet er. Was einen Bürgermeister normalerweise wegen des Fluglärms ärgern würde, das lässt Jürgen Troll ein wenig frohlocken.

Denn seit September 2015 stehen die Alarmglocken in der Stadt auf rot. Die Stuttgarter Regionalversammlung hatte damals 41 für die Windkraft geeignete Gebiete auserkoren. Eines davon liegt auf Weil der Städter Gemarkung, allerdings direkt auf der Grenze zu Heimsheim, nur etwa 800 Meter von der dortigen Bebauung entfernt. Schatten und Lärm: die Liste der Befürchtungen, die von den 230 Meter hohen Anlagen ausgehen könnten, ist lang.

Jürgen Troll setzt seitdem alles daran, die Windräder zu verhindern. „Wir sind zwar direkt betroffen, wir wurden aber an der Ausweisung des Windvorranggebietes nicht beteiligt“, schimpft er, und kündigt im Gespräch mit unserer Zeitung an: „Das wird juristische Folgen haben.“

96 mögliche Standorte hatte der für die Wind-Planung zuständige Verband Region Stuttgart (VRS) im Jahr 2012 ausgemacht. In öffentlicher Sitzung hat dessen Regio-

nalversammlung sich dann für die 41 Standorte entschieden, derjenige in Weil der Stadt, an der Grenze zu Heimsheim, ist der einzige in Kreis Böblingen, der übrig geblieben ist. „Ich war damals bei dieser Sitzung der Regionalversammlung“, sagt Jürgen Troll. „Die Ausweisung der Windvorranggebiete geschah nach Kriterien, die nicht nachvollziehbar waren.“

Das will der Heimsheimer Verwaltungschef nun vor Gericht prüfen lassen und den Beschluss der Regionalversammlung anfechten. Nach Informationen unserer Zeitung ist ein Artenschutzgutachten in Auftrag gegeben worden. Dessen Ergebnisse werden allerdings erst in den nächsten Monaten erwartet.

Und der FDP-Landtagsabgeordnete Erik Schweickert aus dem Enzkreis hat noch einen weiteren Grund ausgemacht, dessentwegen die Windräder noch verhindert werden könnten: der Flugverkehr. Denn wenige Kilometer von den geplanten Standorten befindet sich der Malmshheimer Flugplatz, auf dem, zumindest noch bis 2029, Segelflieger und deutsches und amerikanisches Militär unterwegs sind.

Schweickert wollte genauer wissen, ob das ein Problem sein könnte und hat dazu eine Anfrage an die Landeswirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) gestellt. Deren Antworten liegen nun ebenfalls unserer Zeitung vor. „Die luftfahrttechnischen Vorgaben sind vielfach erst bei konkreten Anträgen zur Errichtung von Windkraftanlagen möglich“, heißt es in dem Schreiben der Ministerin.

Im Klartext: Der Verband Region Stuttgart hat lediglich Gebiete ausgewiesen, auf denen Windkraft möglich wäre. Die

Genehmigung für die Anlagen erfolgt erst danach durch die Landratsämter, wenn sich ein Investor gefunden hat.

„Ob die Windkraft den Flugverkehr stört, hätte man schon viel früher prüfen

müssen“, mahnt dagegen der FDP-Politiker Erik Schweickert. „Wenn ich doch wissen könnte, dass ein Windrad in Weil der Stadt nicht möglich ist, dann muss ich doch die Planung nicht vorantreiben und eine ganze Region schalu machen.“

Der Oppositionspolitiker wirft der Regierung vor, die Bedenken der Region nicht ernst zu nehmen. „Vorranggebiete müsste man dort ausweisen, wo die Gebiete nicht so dicht besiedelt sind wie hier, etwa auf der Schwäbischen Alb“, sagt er.

Nun muss ohnehin erst einmal der Weil der Städter Gemeinderat entscheiden, ob er seinen Stadtwald für die drei Windräder zur Verfügung stellen will. Das wäre die Voraussetzung dafür, dass der Investor „Windenergie Baden-Württemberg“ die umfangreichen Untersuchungen einleiten und den Antrag auf ein Genehmigungsverfahren beim Böblinger Landratsamt stellen kann.

Im Zuge dieses Verfahrens würden Belange wie Artenschutz, Flugsicherheit, Lärm und Schattenwurf ohnehin geprüft.



Foto: privat

„Ob der Flugverkehr gestört wird, hätte man früher prüfen müssen.“

Erik Schweickert, FDP-Abgeordneter



Foto: Andreas Gorr

„Wir sind betroffen, wurden aber nicht beteiligt.“

Jürgen Troll, Bürgermeister